

1. Mai Picknick
Mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl
Alaunplatz, ab 11 Uhr

Kaja Koppig präsentiert
Barbara Thalheim & Band
18 Uhr, Schauburg
Eintritt frei

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

Kein Zurück!

04
19

Das etwas andere Kinoprogramm

von Anne Holowenko

Zu einem Kinobesuch der besonderen Art fanden sich am 6. April rund 140 Genoss*innen in der Dresdner Schauburg ein. Sie waren der Einladung zum Stadtparteitag gefolgt, der das Ziel hatte, das Wahlprogramm für die Kommunalwahl am 26. Mai zu diskutieren und zu beschließen. Pünktlich 10 Uhr war der Fritz-Lang-Saal gut gefüllt. Tilo Kießling stellte zu Beginn noch einmal das Beteiligungsverfahren vor, bei dem mehr als 800 Vorschläge aus dem Stadtverband eingegangen waren. Dann übernahm Thomas Feske als Leiter der Antrags- und Redaktionskommission das Wort. Diese hatte die rund 80 Änderungsanträge für den Parteitag aufbereitet. Ein Großteil davon kam von der Linksjugend, die sich auch an der fairen und konstruktiven Diskussion zu den zentralen Punkten des Wahlprogramms intensiv beteiligte.

Das Thema Wohnen war zuerst an der Reihe. Es bestand große Einigkeit darüber, dass der soziale Wohnungsbau in Dresden durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket gestärkt werden soll. Neben dem schrittweisen Ausbau des Wohnungsbestandes der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft WiD auf 5000 Wohneinheiten soll es zukünftig auch Sozialwohnungen für Schwellenhaushalte mit mittleren Einkommen geben, um für eine bessere soziale Durchmischung in den Stadtteilen zu sorgen. Außerdem soll Dresden Wohngenossenschaften und Privatinvestor*innen bei großen Bauprojekten zum Bau von mindestens 30% Sozialwohnungen verpflichten.

Einig waren sich die Genoss*innen auch darüber, dass weiter in das Städtische Klinikum investiert werden soll um mit moderner Medizintechnik und guter Pflege für bestmögliche Bedingungen für Patient*innen und Angestellte zu sorgen. Zur Frage, ob es zukünftig auf öffentlichen Toiletten kostenlose Damenhygieneprodukte für den Bedarfsfall geben soll, gab es eine angeregte Diskussion. Am Ende erhielt dieser Vorschlag ebenso eine deutliche Mehrheit wie die kostenlose Bereitstellung von nicht-hormonellen Verhütungsmitteln. Mit dem Beschluss, Drogenkonsumräume einzurichten, in denen sichere und hygienische Bedingungen für die Konsumierenden geschaffen werden, könnte Dresden die erste Stadt mit Einrichtungen dieser Art in Sachsen werden.



Beim Thema ÖPNV bestand ein breiter Konsens darüber, dass der kommunale Anteil an den Dresdner Verkehrsbetrieben erhöht werden soll, um schrittweise auf eine Senkung der Fahrpreise hinzuwirken. Das Sozialticket soll selbstverständlich erhalten werden. Außerdem sprach sich die Mehrheit der Anwesenden für eine kostenlose Schüler*innenbeförderung aus. Langfristig soll es in Dresden einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr geben. Dem Vorschlag, in Dresden ein hinreichend dichtes Netz an Tankstellen für Elektro-Autos zu installieren, wurde hingegen eine klare Absage erteilt.

Während sich die Genoss*innen weitestgehend einig darüber waren, dass zukünftig ein Maximalpreis von zwei Euro für ein vollwertiges Mittagessen in Kitas und Schulen gesichert werden soll, gab es beim Thema Elternbeiträge für Kitas und Hort eine sehr kontroverse Debatte. Es wurden drei verschiedene Thesen diskutiert. Ein Teil der Anwesenden sprach sich für die Abschaffung der Elternbeiträge im Sinne eines kostenlosen Zugangs zu allen Bildungseinrichtungen aus. Der Vorschlag der Senkung der Elternbeiträge auf einen gesetzlich

möglichen Mindestbeitrag fand nur wenig Zustimmung. Der Großteil der Anwesenden unterstützte die Forderung nach der Einfrierung der Beiträge auf dem gegenwärtigen Niveau.

Die zum Teil hitzige Debatte zum Vorschlag, zukünftig Feuerwerke innerhalb des Altstadttrings zu verbieten, führte zu keinem Ergebnis. Am Ende wurde diese These mit dem Hinweis auf die große Beliebtheit von Pyrotechnik innerhalb der Stadtbevölkerung aus dem Wahlprogramm gestrichen. Auch der Vorschlag, am 1. Mai die rote Fahne am Rathaus auf dem Dr.-Külz-Ring zu hissen, konnte sich nicht durchsetzen. Am Nachmittag gab es bei der Schlussabstimmung jedoch eine überwältigende Mehrheit für die rund 300 Einzelforderungen unseres Wahlprogramms für ein soziales, fortschrittliches und solidarisches Dresden.



Anne Holowenko und Jens Matthis sind Vorsitzende von DIE LINKE. Dresden

EDITORIAL



von Jens Matthis

Großes Kino

„Großes Kino“ im besten Sinne des Wortes bot die LINKE beim Wahlprogrammparteitag in der Schauburg. Es ging um Bäume, Feuerwerke und Toiletten. Große Übereinstimmungen bei grundlegenden Zielen und hitzige Diskussionen um Details schließen sich nicht aus. Allen, die nicht dabei sein konnten, gibt Anne Holowenko hier einen kleinen Einblick. Das Wahlprogramm ist vielgestaltig und umfangreich, DIE LINKE tritt an, um im Stadtrat möglichst viel davon umzusetzen - so wie vor fünf Jahren auch.

In dieser Zeitung ein kleines Beispiel dafür: Den nun schon zum dritten Mal stattfindenden Wettbewerb Dresdner Laienchöre gäbe es nicht, wenn nicht der Genosse Waldemar Peine bei der Diskussion über das Wahlprogramm 2014 diese Idee eingebracht hätte. Zustimmung dafür gab es damals nicht nur von einem Parteitag, sondern dank Rot-Rot-Grün auch vom Dresdner Stadtrat.

DIE LINKE hat noch viel mehr bewegt: Neue kommunale Wohnungsgesellschaft, Sozialticket, Investitionen ins Städtische Klinikum, Verantwortungsübertragung an die Stadtbezirksbeiräte, deutlich mehr Geld für Jugendhilfe, für Soziales und Kultur.

Politik findet aber nicht nur im Rathaus statt. Wie man auf der Straße für Veränderungen kämpft, berichten in dieser Zeitung Katharina Hanser, Caroline Lenz, Florian Berndt, Uta Gensichen und Sarah Buddeberg.

Die Straße ist politischer geworden, egal ob es um Mieten, um ein gefährliches Polizeigesetz oder um die EU-Netzpolitik geht. Für Demonstrationen ist im Frühjahr die beste Zeit. Und es ist auch höchste Zeit.

Darüber und über noch viel mehr wollen wir reden, wenn wir uns am 24.4. am Wiener Platz mit Gregor Gysi treffen, und natürlich wie jedes Jahr auch am 1. Mai ganztägig am Alaunplatz. Wir sehen uns.

Aus dem Netz auf die Straße

Europaweit gab es mehrere Monate lang Massenproteste gegen die Ende März dieses Jahres geplante EU-Urheberrechtsreform. Katharina Hanser erklärt die Tücken des neuen Zensur-Instruments.

von Katharina Hanser

Am 23. März 2019 sind tausende Menschen europaweit für ein freies Internet und gegen die geplanten EU-Urheberrechtsreformen auf die Straße gegangen. Die erhofften Schätzungen der Veranstalter*innen wurden in vielen Städten weit übertroffen. In Berlin waren es rund 40.000, in Köln 15.000 und in Stuttgart 10.000 Demonstrant*innen. Die Veranstalter*innen in Dresden rechneten ursprünglich mit maximal 2.000 Teilnehmer*innen, letztlich nahmen rund 5.000 Menschen teil. Auch wir waren mit Dresdner Genoss*innen und unserer Europaabgeordneten Cornelia Ernst vor Ort. Unterstützung erhielten wir zusätzlich aus anderen Kreisverbänden, wie beispielsweise dem Ortsvorsitzenden aus Radebeul. Der Protest gegen die geplante Reform, die am 26. März 2019 letztendlich im Europäischen Parlament abgestimmt wurde, richtet sich vorrangig gegen die Artikel 11 und 13, auch Artikel 12 steht in der Kritik (in der finalen Fassung Artikel 15 -17).

Die letzte Reform des europäischen Urheberrechts fand im Jahr 2001 statt. Der damalige Beschluss erfolgte ohne eine Auseinandersetzung mit den neuen Möglichkeiten der Kommunikation. Nutzer konnten sich dadurch miteinander austauschen und kreativ ausdrücken. Es entstand eine Internetkultur des freien Teilens und der vielfältigen Auseinandersetzung mit Inhalten aller Art. Verleger, Film- und Musikindustrie sahen sich durch kostenlosen verfügbare (und teils illegale) Angebote im Netz genötigt, gesetzliche Regelungen zum Schutz ihrer Werke zu fordern. Aus dieser Problematik entstanden dann die umstrittenen Artikel.

Artikel 11 (final Art. 15) sieht ein Leistungsschutzrecht für Presseverleger vor. Laut der finalen Fassung dürften Suchmaschinen und Websites künftig keine Titel oder kurze Ausschnitte von Presstexten (sogenannte „Snippets“) mehr anzeigen, wenn sie keine Lizenzen von Rechteinhabern erworben haben. Verlage müssen dann um Erlaubnis gebeten werden und gegebenenfalls muss dafür gezahlt werden. Die europäische Medienvielfalt wird damit durch Konzerne beschnitten und nach wirtschaftlichen Erwägungen erfolgen.

Entgegen der Entscheidungen des EuGH und dem BGH, dass eine Verlagsbeteiligung unzulässig ist und nur die Urheber Rechte und Ansprüche haben, soll Artikel 12 (final Art. 16) die Verlage wieder mitverdienen lassen. Dies zwingt Autoren, die bereits durchschnittlich nicht viel Geld verdienen, einen Teil ihres Einkommens mit den Verlegern zu teilen und ist letztlich eine Enteignung von Urhebern. In Artikel 13 (final Art. 17) sollen Online-Plattformen alle Inhalte, die Nutzer*innen hochladen wollen, automatisch filtern, um Inhalte zu blockieren, die als urheberrechtlich geschützt erkannt werden. Die Portale sollen künftig dafür haftbar sein und müssen daher Rechtsverletzungen verhindern, bevor sie passiert sind. Umgesetzt wird dieser Eingriff in die Kommunika-



Genoss*innen mit der Europaabgeordneten Cornelia Ernst (ganz rechts) am Goldenen Reiter auf der Dresdner SaveYourInternet-Demo am 23.03.2019

tion mittels sogenannter „Uploadfilter“ sowie Lizenzierungspflichten. Kritiker verweisen zu Recht darauf, dass solche automatisierten Systeme fehleranfällig sind und letztlich die Meinungs- und Kunstfreiheit einschränken. Zudem sorgt dies für eine neue Art von Macht, da nur große Konzerne dies realisieren könnten. Dies schafft „Meinungsmonopole“ und die Grenze zwischen Kontrolle und Zensur wird damit überschritten.

Es ist wenig verwunderlich, dass trotz im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD festgeschriebenen Ablehnung von Uploadfiltern, es Axel Voss (CDU-Abgeordneter und Verhandlungsführer im Europäischen Parlament) war, der dies auf europäischer Ebene auf den Weg brachte. Der breite Widerstand gegen die geplante Urheberrechtsreform wird von Netzaktivist*innen, Künstler*innen, Gamer*innen, Kreativen, Freischaffenden, IT-Wirtschaft, Verbraucherschützer*innen, Verbänden, Initiativen und Journalist*innen getragen. Die Onlinepetition „Stoppt die Zensurmaschine - Rettet das Internet“ auf change.org hat bereits über 5 Millionen Unterstützer*innen. Doch statt diesen vielfältigen Protest im Netz und auf der Straße ernst zu nehmen, flüchtet man sich in Verschwörungstheorien und Diffamierungen. So lässt Daniel Caspary (CDU), über die Bildzeitung verbreiten, die Demonstrant*innen seien gekauft, das Geld komme von großen amerikanischen Internetkonzernen und durch den massiven Einsatz von Desinformation und gekauften Demonstrant*innen sei unsere Demokratie bedroht. Sven Schulze (CDU) bezeichnete die Protest-Mails, die bei ihm eingingen, als eine von Google gesteuerte Fake-Kampagne durch Bots, da viele der Absender Gmail-Adressen verwendeten. Aufgrund der zahlreichen Protest-Mails an EU-Abgordnete veröffentlichte die EU-Kommission einen (innerhalb von 2 Tagen zurückgezogenen) Artikel in dem sie die Reformkritiker als „Mob“ bezeichnete. Die wankelmütige SPD hat am Tag der Demonstrationen den Beschluss gefasst, sich nun doch geschlossen gegen Artikel 13 zu stellen.

Nun möchte man meinen, dass dieser bunte und kreative Protest von über

150.000 Menschen in ganz Europa sich nicht ignorieren lässt. Waren doch die Plakate und Poster der Demonstrant*innen, von denen eins kaum dem anderen glich, Meme-Kultur in Reinform aus Parodien, Codes, Remixen und Insider-Witzen, die viele Politiker, gerade in der CDU, nicht verstehen. Und so wurde die umstrittene Urheberrechtsreform am 26. März 2019 im EU-Parlament mit 348 Ja-Stimmen, 274 Nein-Stimmen und 36 Enthaltungen verabschiedet. Die SPD hatte, trotz des gefassten Beschlusses, eine Gegenstimme durch die Abgeordnete Gabriele Preuß. Der zuvor eingebrachte Antrag für die Zulassung von Änderungsanträgen für die Urheberrechtsreform wurde mit

#copy&fail

EU-Parlament stimmte für Uploadfilter

Am 26. März 2019 beschloss das EU Parlament mit 348 Stimmen gegen 274 Stimmen die schlimmstmögliche EU-Urheberrechtsreform inklusive der Uploadfilter, welche die Rechte kleiner Anbieter, Startups, der Kreativen und der vielen InternetnutzerInnen beschneiden und vor allem den Interessen von Rechteinhabern wie großen Verlagen, Filmstudios und der GEMA dienen.

LAG Netzpolitik & Gaming Sachsen i.G.

Wir als LINKE wollen uns auf Landes- und Bundesebene einsetzen für ein freies und offenes Internet mit allem was dazu gehört: Netzneutralität, Open Data, Open Source, Transparenz, digitale Demokratie, Informationsfreiheit, Datenschutz, gegen Zensur und Netzsperrern. DIE LINKE muss ihr netzpolitisches Profil stärken und ausbauen, dafür braucht es Sach- und Fachverstand. Aber bei all der wichtigen Arbeit, die wir noch vor uns liegt, verstehen wir uns ebenso als Interessenszusammenschluss, bei dem wir Games als Erholungs-, Sport- & Kulturgut begreifen, uns dazu austauschen und gemeinsam oder auch gegeneinander zocken. Du willst mitwirken oder bist erstmal nur neugierig?

Dann melde dich bei bei der Koordinatorin katharina.hanser@dielinke-dresden.de

nur 5 Stimmen Unterschied abgelehnt. Besonders bitter ist die Tatsache, dass nach den korrigierten Abstimmungen es doch eine Mehrheit für Änderungen anträge gegeben hätte. Die korrigierten Abstimmungen haben jedoch keinen Einfluss mehr auf das bereits feststehende Ergebnis. Die letzte Chance bietet sich nur noch, wenn die Bundesregierung ihre Zustimmung im Rat zurückzieht, da dann die Reform aufgrund einer Sperrminorität nicht in Kraft treten kann. Die Abstimmung dazu erfolgt voraussichtlich am 9. April 2019.

Es bleibt festzuhalten, dass DIE LINKE im Europaparlament, als einzige deutsche Delegation, geschlossen in allen Abstimmungen gegen die geplanten Urheberrechtsreformen gestimmt hat und damit für ein freies Internet kämpft. Die Entscheidung zur geplanten EU-Urheberrechtsreform ist ein schwarzer Tag für das Internet und zieht Gräben zwischen eine junge Generation und die (Europa-)Politik. Sie raubt diesen Menschen endgültig das Vertrauen in den politischen Entscheidungsprozess und zementiert das Bild einer Lobbyismus-gesteuerten Politik, bei der man sich in den Mantel der Kämpfer*innen für Urheberrechte kleidete und die Gewinner dann doch GEMA, VG Bild, VG Wort, Disney oder Axel Springer heißen. Aber schon unsere Bundeskanzlerin wußte: „Das Internet ist für uns alle Neuland“. Vielleicht verstehen sie es ja zur Kommunal, Europa- und Landtagswahl, wenn es dann heißt: #NieWiederCDU - #AuchNichtSPD.

Aufruf zur 5. Tolerade-Aktion am 4. Mai

Come together

Am 04. Mai 2019 findet zum fünften Mal die TOLERADE statt! Kurz vor den Wahlen in Sachsen kann es nur eine Frage mit klarer Ansage geben: „Müssen wir immer erst laut werden? – Vote and Dance for Tolerance!“

Laut sein, das können wir! Zusammen mit euch gehen wir auf die Straße und demonstrieren für eine offene und demokratische Gesellschaft, denn was derzeit in Sachsen und Deutschland passiert, lassen wir uns nicht gefallen!

Wir wollen gemeinsam gestalten und das Gefühl der Zusammengehörigkeit stärken! Grenzen überwinden und uns durch die Musik verbinden. Um zu zeigen, dass wir miteinander viel erreichen können, haben wir dieses Jahr etwas ganz Außergewöhnliches geplant. Auf dem Postplatz wird es einen Zusammenschluss der ganz besonderen Art mit Herz statt Hetze, WOD Initiative weltoffenes Dresden und der Parade der Vielfalt geben. Wir freuen uns riesig drauf!

Start: 14.00 Uhr Bahnhof Neustadt, Schlesischer Platz
Kundgebungen: Bahnhof Neustadt - Postplatz - Alaunplatz

Seid dabei, wenn wir unsere Anliegen gemeinsam mit knapp 80 Crews, Clubs, Initiativen und Vereinen auf der größten Tanz- und Demofläche Dresdens, farbenfroh und vor allem laut, auf die Straße bringen.

Danach geht es natürlich auf die Afterparty! Welche, dass müsst ihr euch dann überlegen. Wir haben einfach zu viele Acts eingeladen, als dass diese alle in einen Club gepasst hätten. Wie jedes Jahr verzichten dabei alle auf ihre Gage, damit wir mit den Einnahmen der Afterpartys die TOLERADE finanzieren können.

Alles was übrig bleibt, wird dann an Vereine und Initiativen gespendet, die sich für Offenheit und Toleranz engagieren. In den vergangenen Jahren sind so knapp 40.000 Euro gespendet worden.

Wir haben lange auf den Moment gewartet und können es nicht erwarten! Bleibt nur zu sagen - Come Together!

Eisenbahner*innen gegen rechts!

von Christopher Colditz

Anfang April hat der Bundesvorstand der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) die Unvereinbarkeit mit einer Mitgliedschaft in der rassistischen, neoliberalen und arbeitnehmerfeindlichen AfD beschlossen. Damit ist die EVG die erste von acht Gewerkschaften im DGB, die eine explizite Unvereinbarkeit mit der sogenannten „Alternative für Deutschland“ beschlossen hat.

Der EVG Vorsitzende Kirchner sagte: „Klare Kante zeigen, nicht rumeiern, sondern klar sagen: Wer bestimmte Grenzen überschreitet, gehört nicht mehr zu uns“. Zu dem betonte er „Wir müssen uns um die Themen der Menschen kümmern. Wir stehen für gute Arbeit, für mehr Tarifbindung, für soziale Gerechtigkeit, für bezahlbares Wohnen.“. Mit dem Bundesvorstandsbeschluss wurden zeitgleich zwei Ausschlussverfahren eingeleitet.

Nimmt man alle sozial-, arbeitsmarkt-, steuer- und wirtschaftspolitischen Programmbestandteile der AfD zusammen, dann ist das Bild klar: Insgesamt profitieren Arbeitgeber*innen und Unternehmen davon, zeitgleich haben abhängig

Beschäftigte das Nachsehen. Das neolibérale Programm, das Bernd Lucke prägte, ist noch immer spürbar aber noch mit einer kräftigen Portion gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gewürzt.

Ohne eine geschichtsrelativierende Gleichsetzung der NSDAP und AfD vornehmen zu wollen, muss doch eins klar sein: Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innen müssen klare Haltung gegen Nationalismus und neoliberale sowie antidemokratische Einstellungen beziehen. Die Erinnerung und Erfahrung daran, wohin fehlendes Engagement gegen Faschist*innen führt, sollte fest in den Köpfen der Gewerkschafter*innen verankert sein.

Ich bin froh, dass die EVG klare Haltung zeigt und Mitglieder der AfD aus ihren Reihen ausschließt, jetzt bleibt zu hoffen, dass die restlichen sieben Gewerkschaften nicht nur sagen, dass die AfD nicht zu Gewerkschaften passen, sondern auch die Unvereinbarkeit beschließen.

Christopher Colditz ist Mitglied des Landesvorstand und aktiver Gewerkschafter

Rückblick zum Frauenkampftag am 8. März

219 Kleiderbügel in Dresden

von Caroline Lentz

In der Nacht zum Frauen*kampftag hat die linksjugend Dresden 219 Kleiderbügel im Stadtgebiet von Dresden verteilt. Diese waren versehen mit einem Flyer, der auf die Paragraphen 218 und 219a und die lebensgefährlichen Versuche mittels Drahtkleiderbügel eine Schwangerschaft abzubrechen, aufmerksam gemacht hat.

Was hat es mit diesen Paragraphen auf sich und warum fordern wir ihre Abschaffung beziehungsweise die Entfernung aus dem Strafgesetzbuch?

Paragraph 218 stellt den Schwangerschaftsabbruch unter Strafe und Paragraph 218a erklärt, unter welchen Voraussetzungen eine Abtreibung straffrei bleibt. Das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche ist in Paragraph 219a geregelt und hat seinen Ursprung in der Zeit des Nationalsozialismus.

Abtreibungsgegner*innen oder sogenannte Lebensschützer durchsuchen gezielt das Internet nach Ärzt*innen, die gegen dieses Gesetz verstoßen und zeigen diese an oder schicken ihnen Drohungen. Auf den Prozess und die Verurteilung der Ärztin Kristina Hänel folgte eine breite Debatte über das Abtreibungsrecht und das Werbeverbot in Deutschland. Nachdem die SPD wieder einmal eingeknickt ist und ihren Antrag auf Streichung des Paragraphen 219a zurückgezogen hat, einigte sich die Regierungskoalition auf einen Kompromiss. Ärzt*innen können nun auf ihren Seiten darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durch-



führen – die Veröffentlichung von Informationen über den Verlauf und zu den verschiedenen Möglichkeiten ist ihnen jedoch immer noch gestattet. Sie dürfen lediglich auf Stellen verweisen, die weitere Auskünfte geben.

Die zahlreichen Anzeigen gegen Ärzt*innen sind auch ein Anzeichen für ein sich veränderndes politisches Klima. Anhänger*innen der Lebensschutzbewegung werden jünger, offen-

siver, sind besser vernetzt und wissen das Thema Abtreibung geschickt mit anderen Themen, wie z.B. Frühsexualisierung oder der „natürlichen“ Familie zu verbinden, sodass sie die verschiedensten Bürger*innen erreichen.

Das heteronormative Weltbild, das diese Gruppe reproduzieren will, gehört auch zur Weltanschauung der AfD. Neben Rassismus ist der Antifeminismus ein wichtiges Feld dieser Partei.

Einzelpersonen, wie zum Beispiel Beatrix von Storch, die bereits mehrmals am „Marsch fürs Leben“ teilnahm, äußern sich immer wieder herablassend über Abtreibungen, Feminist*innen und Abtreibungsbefürworter*innen.

Die Stigmatisierung, der Informationsentzug und die Entmündigung der Schwangeren aber können dazu führen, dass Frauen* versuchen selbst einen Abbruch herbeizuführen. Jährlich werden weltweit etwa 25 Millionen Abtreibungen unter unsicheren Umständen durchgeführt. Auch das Einkommen spielt bei der Sicherheit bei Abtreibungen eine Rolle. So ist die Anzahl der unsicheren Abtreibungen bei Menschen mit niedrigem Einkommen (weltweit betrachtet) deutlich höher als bei Menschen mit höheren Einkommen. Frauen*, die in der Not und aus Verzweiflung, eine Abtreibung selbst durchführen schlucken beispielsweise giftige Lösungen oder führen spitze Gegenstände in den Uterus ein. Diese Mittel und Wege sind nicht nur mit unvorstellbaren Schmerzen verbunden, sondern auch lebensgefährlich.

Wir fordern daher die Entfernung des Verbotes von Schwangerschaftsabbrüchen aus dem Strafgesetzbuch und ein Ende des Einschnitts in die körperliche Selbstbestimmung der Frau*!

Alle Schwangeren verdienen ausführliche Informationen von Ärzt*innen und das Recht auf Abtreibung, ohne dabei stigmatisiert und genötigt zu werden.

GEMEINSCHAFTSSCHULE
IN SACHSEN

LÄNGER GEMEINSAM LERNEN

Endspurt!

von Florian Berndt

75% sind geschafft. Zum letzten Treffen im März konnte das Bündnis für die Gemeinschaftsschule in Sachsen mehr als 30.000 Unterschriften verbuchen. Wir sind damit noch 10.000 vom Ziel entfernt.

Damit dieser Erfolg nicht abreißt werden in den nächsten zwei Monaten Vorkehrungen getroffen, dass wir in der ersten Jahreshälfte fertig sind und die Listen dem Landtagspräsidenten übergeben können. So wird es vom 29. April bis zum 5. Mai erneut eine Aktionswoche geben, in der sachsenweit Unterschriften gesammelt werden. Wir stecken als Partei mitten im Wahlkampf und werden daher dafür Sorge tragen, dass bei allen Infoständen und öffentlichen Veranstaltungen Unterschriftenlisten bereit liegen, um einerseits mit den Wählern dafür ins Gespräch zu kommen und andererseits natürlich Unterschriften zu sammeln. Außerdem werden alle Ortsverbände dazu aufgerufen die Unterschriftensammlung mit einem Haustürwahlkampf zu verbinden. Dieser bringt den Vorteil, dass wir mit den Menschen über unsere Forderungen zur Wahl ins Gespräch kommen können und dann überhaupt einen Grund haben von Tür zu Tür gehen.

Was unsere Genoss*innen bis jetzt geleistet haben ist unglaublich. Wir befinden uns auf der Zielgeraden, lasst es uns erfolgreich zu Ende führen!

Jane's Walk

Kostenfrei und für alle: Beim Jane's Walk-Festival spazieren vom 3. bis 5. Mai 2019 Dresdner*innen zu spannenden Themen durch ihre Stadt.

von Uta Gensichen

Am ersten Mai-Wochenende findet in Dresden das zweite Jane's Walk-Festival statt. Kurz gesagt geht es dabei um thematische Spaziergänge durch den eigenen Stadtteil – kostenlos und von den Bürger*innen für die Bürger*innen. Das Konzept selbst ist nicht neu. Seit 2007 spazieren jedes Jahr im Mai weltweit Tausende Menschen gemeinsam und zu den unterschiedlichsten Themen durch ihre Städte und Quartiere. Die Jane's Walks gibt es unter anderem in Kanada, den USA und Brasilien, aber auch in Österreich, Slowenien und in den Niederlanden. Allen gemeinsam ist: Menschen, die ihre Leidenschaft mit ihrem Stadtteil oder einem lokalen Thema mit anderen teilen möchten, führen Spaziergänge durch. Jane's Walks sind aber nicht unbedingt klassische Stadteinführungen oder Vorträge im Freien. Es sind Gespräche im Gehen, um die eigene Stadt mit anderen neu zu erleben und zusammen zu spannenden Plätzen und an ungewöhnliche Orte zu gehen. Das Wichtigste aber ist: Jane's Walks sind kostenfrei und offen für alle.

Die Dresdner Ortsgruppe des FUSS e.V. (Dresden zu Fuß) hat die Festival-Idee in die Landeshauptstadt geholt.

Bislang sind die Jane's Walks vor allem im anglo-amerikanischen Raum sehr beliebt. In Deutschland sind sie daher noch nicht so bekannt – das will der fußverkehrspolitische Verein ändern. Bereits 18 Walks stehen im Programm. Und die finden überall in Dresden statt. So gibt es etwa einen fotografischen Walk durch die Friedrichstadt, einen cineastischen Rundgang durch die Neustadt und in Löbtau widmet sich ein Spaziergang dem Thema Müll. Andere spazieren zum Leipziger Bahnhof, zum Sowjetischen Garnisonfriedhof, wandeln auf den Spuren moderner Frauen oder gehen ein Stück die Elbe entlang. Und sogar sportlich geht es zu – gleich zwei Orientierungsläufe mit historischer Route sind angemeldet worden. Das gesamte Programm steht auf den Seiten der Ortsgruppe „Dresden zu Fuß“. Dort kann man auch noch bis Ende April eigene Walks anmelden.

Die Namensgeberin der Walks ist die hierzulande kaum bekannte Jane Jacobs. Die Stadttheoretikerin, Aktivistin und Autorin kämpfte in den USA und Kanada seit den 1960er

Jahren gegen stadtplanerische Entscheidungen, die zu Vereinzelung innerhalb eines Quartiers führen. Ihr wichtigstes Werk, das 1961 veröffentlicht wurde, trägt denn auch den mahnenden Titel „Tod und Leben großer amerikanischer Städte“. Jacobs zufolge sollen Städte von allen gestaltet werden, nicht nur von einigen wenigen. Diesem humanen Grundgedanken verpflichten sich die Jane's Walks auf der ganzen Welt.

Doch wie ist eigentlich die Idee zu dem Festival entstanden? Als Jane Jacobs Ende April 2006 starb, führten Anhänger*innen und Freund*innen ihr zu Ehren im Jahr darauf Nachbarschaftswalks durch Toronto durch. Diese Idee wurden direkt so begeistert angenommen, dass sie sich seither auf der ganzen Welt verbreiten. Und so finden die Spaziergänge im zweiten Jahr in Dresden statt. Weil das hier im vergangenen Jahr so gut ankam, wird es 2019 das Festival nun auch in Leipzig geben. Dort organisieren FUSS e.V., BUND und der VCD gemeinsam die Veranstaltungsreihe.

Keine schlechte Aussicht: Immer mehr Menschen auf den Straßen, die gemeinsam mit anderen bislang unbekannte Nischen und spannende Plätze in ihrer Stadt entdecken wollen – Jane Jacobs hätte diese Entwicklung sicher gefreut.



3. BIS 5. MAI 2019
Jane's Walk Dresden
**Gespräche
im Gehen**
Erkunde mit anderen
Dein Quartier!

Programm unter:
www.dresdenzufuss.de/janeswalk



Foto vom Walk „Elbe II - Die Elbe entlang mit Naturfreunden“ aus dem Jahr 2018

Was ist Ökologie?

von Dominic Böckling

Unter diesem Titel fand am 01. April die erste Veranstaltung der AG Ökologie statt. In einem kurzen Vortrag wurde in die Grundbegriffe eingeführt und anschließend intensiv diskutiert.

Die Begriffe „Ökologie“ und „Nachhaltigkeit“ sind momentan in aller Munde. Dafür sind unter anderem Dürresommer, Dieselskandale oder die „Fridays for Future“ verantwortlich. Trotz der Präsenz der Begriffe sind diese nicht einfach einzuordnen und viele können sich nichts Genaueres darunter vorstellen. Dies klärte die Referentin Lea Fink im ersten Teil ihres Vortrags, wo es um die Ökologie als Wissenschaft ging. Doch Ökologie ist nicht nur die Betrachtung der Natur. Auch der Einfluss des Menschen spielt



eine wichtige Rolle. Nicht ohne Grund werden mit dem Begriff der Ökologie vom Menschen gemachte Probleme wie dem Klimawandel verbunden. Im zweiten Teil des Vortrags wurde vor allem auf die sozialen Aspekte in der Ökologie

eingegangen. Wie gehen wir damit um, dass sich immer mehr Abfall anhäuft, der von der Natur nicht abgebaut werden kann? Wie damit, dass durch den Klimawandel ganze Landstriche unbewohnbar werden? Auch solche Fragen, die vermeintlich nur auf die Umwelt bezogen sind, spielen auch für den sozialen Bereich eine Rolle. Mit der Erklärung des Begriffs der Nachhaltigkeit wurde der Vortrag geschlossen und ein guter Einstieg in die rege Diskussionsrunde geschaffen. Es standen vor allem die Themen im Raum, welche sich mit dem Nachhaltigkeitsdreieck befassen, wie das Kieswerk in Söbrißen, Freihandelsabkommen oder Agrarsubventionen. Dabei hat sich herauskristallisiert, dass vor allem Soziales nie ohne Ökologie

gesehen werden kann, da eine gesunde Umwelt ausschlaggebend für ein konfliktfreies Zusammenleben ist. Keine Gesellschaft kann ohne eine gesunde Lebensgrundlage – unsere Umwelt – langfristig soziale Aspekte betrachten.

Die nächste Veranstaltung am 06. Mai 2019 beschäftigt sich intensiv mit dem Thema Pestizide, was sie sind, welche Wirkung sie haben und was es für Alternativen gibt. Am 03. Juni 2019 stehen dann Nanomaterialien auf dem Plan. Die Veranstaltungen finden immer um 18 Uhr in der Wir AG statt.

Dominic Böckling ist Ortsvorsitzender vom Ortsverband Blasewitz



LINKE will Mietpreisbremse für Dresden einrichten

Vor einer Woche demonstrierten deutschlandweit zehntausende Mieterinnen und Mieter für bezahlbare Mieten und gegen Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt. Am vergangenen Donnerstag befasste sich der Dresdner Stadtrat auf Antrag der LINKEN mit diesem Thema. Die LINKEN-Fraktion beantragte die Einführung einer „Mietpreisbremse“.

von André Schollbach

Die Mietsteigerungen in Deutschland waren von 1993 bis 2014 stärker als die Einkommensentwicklung der Mehrheit der Menschen. Die Frage des bezahlbaren Wohnens treibt sowohl Mieterinnen und Mietern mit kleinem Geldbeutel als auch Familien mit einem ganz normalen Durchschnittseinkommen die Sorgenfalten auf die Stirn.

In den vergangenen zehn Jahren sind die Mieten in Dresden um 35 Prozent gestiegen und gerade in der letzten Zeit kennt die Mietentwicklung nur noch eine Richtung: Straff nach oben. Bezahlbares Wohnen ist eine der wesentlichen sozialen Fragen unserer Zeit. Durch die Mietentwicklung wurde und wird die soziale Spaltung in unserem Land vertieft. Deshalb darf der Wohnungsmarkt nicht den privaten Investoren überlassen bleiben. Diese haben häufig vor allem drei Dinge im Kopf: Rendite. Rendite. Die Menschen benötigen aber bezahlbare Mieten statt fetter Renditen.

Stadt und Staat müssen ihrer sozialen Verantwortung nachkommen und gewährleisten, dass für alle Menschen bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen. Im Stadtrat haben wir deshalb gegen den heftigen Widerstand von CDU, FDP und AfD ein soziales Wohnungsbauprogramm für Dresden durchgesetzt. Inzwischen sind die ersten Wohnungen im Bau und es sollen noch viele weitere folgen.

Angespannter Wohnungsmarkt

Zudem bedarf es endlich einer Mietpreisbremse. Gemäß § 556d Abs. 2 Satz 1 BGB dürfen Gebiete mit angespannten

Wohnungsmärkten bestimmt werden, wenn die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen in einer Gemeinde oder einem Teil der Gemeinde zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist. In diesen Gebieten darf die Miete gemäß § 556d Abs. 1 BGB zu Beginn des Mietverhältnisses die ortsübliche Vergleichsmiete höchstens um zehn Prozent übersteigen.

Die Stadt Dresden ist ein Gebiet mit einem angespannten Wohnungsmarkt. Bei kontinuierlich zunehmenden Haushaltszahlen und steigenden Mieten wächst der Bedarf für bezahlbaren Wohnraum weiter. Bei großer Nachfrage nach Wohnungen besteht ein geringer Leerstand. So ist der strukturelle Wohnungsleerstand kontinuierlich von 9,6 Prozent im Jahr 2005 auf 4,4 Prozent im Jahr 2010 und 1,8 Prozent im Jahr 2015 sowie 1,7 Prozent im Jahr 2017 gesunken. Für Wohnungsneubauten stiegen die Angebotsmieten laut empirica Preisdatabank von 6,62 Euro pro Quadratmeter im Jahr 2012 um 28,4 Prozent auf 8,50 Euro pro Quadratmeter im Jahr 2018. Im Neubau errichtete Wohnungen werden inzwischen im Mittel zu Mieten von über 10 Euro je Quadratmeter vermietet, was sich auch auf den Mittelwert aller Mieten auswirkt. Den Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt mit deutlich steigenden Mieten muss Einhalt geboten werden. Deshalb setzt sich die LINKE für die Einführung der Mietpreisbremse in Dresden ein. Wir wollen eine soziale Wohnungspolitik im Interesse der Mieterinnen und Mieter – damit der soziale Frieden erhalten bleibt.

Bezahlbare Miete statt fetter Profite.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

www.linke-fraktion-dresden.de

#staddrat

Stadtrat im Livestream

Alle Sitzungen des Dresdner Stadtrates können im Internet via Livestream verfolgt werden: www.dresden.de/de/rathaus/politik/stadtrat/stadtratssitzung-live3.php

Wer nicht live dabei sein kann, hat auch später die Möglichkeit, den aufgezeichneten Mitschnitt unter diesem Link abzurufen.

Gezwitschert wird übrigens unter dem Hashtag #staddrat bei Twitter.



Alt und jung verbinden

Was die Alten bewegt und an den Jungen nicht vorbeigeht: Seniorenfreundliche Kommunalpolitik. Nun hat der Stadtrat für Dresden einen Seniorenbeauftragten beschlossen.

von Waldemar Peine

Dresden kann einen Seniorenbeauftragten einsetzen. So beschlossen nach einem Antrag der CDU-Fraktion am 21. März durch den Stadtrat. Angeregt durch den Seniorenbeirat, unterstützt nach einigem Zögern auch von unserer Fraktion, gibt es nun diese Stelle.

Es wird auf die Besetzung dieser Stelle ankommen, ob dieser Beauftragte, wie im Antrag formuliert, eine Vermittlerfunktion zwischen Verwaltung und Bürgerschaft wahrnehmen kann und die vielfältigen Belange der in Dresden lebenden älteren Menschen in das kommunale Verwaltungshandeln und in die kommunalpolitische Arbeit hineinzutragen vermag. Wer auch weiterhin nach der Notwendigkeit dieser Vermittlerfunktion fragt und Kostengründe anführt, sollte besser als bisher in unsere Stadtgesellschaft hineinhorchen, hineingucken und sich auch mal Statistiken anschauen.

Die Lebenssituation älterer Bürgerinnen und Bürger ändert sich vielfältig mit dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess. Einkommensverluste, eingeschränkte Mobilität und ein höheres Sicherheitsbedürfnis seien genannt. Andererseits, von den Zwängen eines Arbeitstages befreit, ergeben sich neue persönliche Freiheiten, die sinnvoll genutzt werden können.

Mitglieder des Seniorenbeirates, welche die politische Farbkombination Rot-Grün-Rot gut finden, dachten und denken über prägende Inhalte einer seniorenfreundlichen Kommunalpolitik nach. Dabei geht es um keinen Lobbyismus für Betagte, sondern um Fragen, die Alt und Jung verbinden, wie beispielsweise Stadtgestaltung, Fußverkehr, Bildungsverluste und Pflegenotstand neben unverschämtem Reichtum. Einige unstrittige Erwartungen, Forderungen seien angeführt:

Nutzung bekannter und Erschließung neuer kommunaler Möglichkeiten zur Abschwächung von Altersarmut und altersbedingter Benachteiligung.

Durchsetzung einer Fußwegkonzeption zur Erleichterung der Teilnahme von mobilitätseingeschränkten Bürgerinnen und Bürgern am gesellschaftlichen Leben unserer Stadt.

Förderung aller Initiativen und Angebote seniorenfreundlicher Dienstleistungen in den Bereichen Verkehr, Einkauf, Haushalt, Umzug.

Unterstützung für alle und Zusammenarbeit mit allen Sozialverbänden, gemeinnützigen Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Stiftungen, Initiativen die sich der Pflege und Betreuung betagter Bürgerinnen und Bürger widmen.

Verbesserung der Aufklärung über Angebote und Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge und der Gesundheitsfürsorge für Bürgerinnen und Bürger im fortgeschrittenen Lebensalter.

Gewinnung der älteren Bürgerinnen und Bürger als Gebende und Nehmende des vielseitigen Bildungsangebotes unserer Stadt.

Achtung auf schnelle und nachhaltige Hilfe in Fällen von dringlich benötigtem altersgerechten Wohnraums.

Übrigens, der Anteil der über 65-jährigen Bürgerinnen und Bürger betrug Ende 2017 21,7 Prozent an der Dresdner Stadtbevölkerung.

Waldemar Peine ist Mitglied im Seniorenbeirat des Stadtrats Dresden

Fachförderrichtlinie Sozialamt

Soziale Projekte werden weiter gefördert

Durch die CDU wurde die Förderung in den Stadtrat gehoben - trotz positiven Votums vom federführenden Sozialausschuss.

von Pia Barkow

Am 21. März wurde im Stadtrat über die Förderung der Freien Träger der Wohlfahrtspflege im Fachbereich des Sozialamtes entschieden. Gefördert werden 60 Träger mit insgesamt fast 100 Einzelprojekten aus den Bereichen Senior*innenarbeit, Pflegebedürftige, Begegnungsstätten, Behindertenhilfe, Frauenberatung, Wohnungslose, Migrant*innen und Arbeitslose. In der Vorlage der Verwaltung wird abgebildet, welche Träger Gelder beantragt haben und in welcher Höhe diese nach Ansicht der Fachverwaltung ausgereicht werden sollen.

Grundsätzlich lässt sich hier ein aus linker Sicht sehr positiver Trend ablesen. Waren im Jahr 2015 noch Mittel in Höhe von 3,4 Millionen Euro vorgesehen, stieg der Betrag auf 4,2 Millionen im Jahr 2017 und nun 5,9 Millionen im Jahr 2019. An diesem Mittelaufwuchs lässt sich ablesen, dass diesem Bereich in den letzten Jahren deutlich mehr Bedeutung beigemessen wurde.



Die Steigerung enthält dabei zum einen neue Projekte, die in die Förderung aufgenommen wurden und andererseits einen kontinuierlichen Ausbau und Verbesserung der bestehenden Angebote. In den höheren Mitteln sind aber auch die Tarifsteigerungen der Beschäftigten eingepreist. Im Jahr 2016 mussten noch Tarifierpassungen für die Beschäftigten

der Seniorenberatungs- und Begegnungsstätten per eigenem Antrag von Rot-Grün-Rot nachgeschoben werden, damit diese nicht auf dem Tarifniveau von vor vier Jahren verharren. Ähnlich sah es in allen Themenbereichen aus. Mit dieser Praxis nach dem Motto, wer sich nicht wehrt, bekommt eben keine Tarifierpassungen, ist nun Schluss. Mitt-

Freude allerorten nach der Debatte im Stadtrat, als Vertreter der CDU nach einer Auszeit einräumten, dass sie von den Argumenten von LINKEN, SPD und Grünen in der Diskussion überzeugt wurden.

lerweile sind von vornherein aktuelle Tarife in den Förderungen enthalten

Eine weitere Verbesserung bedeutet die seit 2017 eingeführte und nun verstetigte mehrjährige Förderung. Noch vor 2015 mussten alle Träger jährlich ihre Mittel neu beantragen, ein nicht unerheblicher bürokratischer Aufwand. Im Jahr 2016 wurde der rot-grün-rote Antrag mehrheitlich angenommen, der eine mehrjährige Förderung von Trägern vorsieht. Dieser Beschluss ist im Bereich des Sozialamtes nun bereits zum zweiten Mal realisiert worden, sehr zur Erleichterung der Träger.

#social media

Gut informiert sein mit einem Klick



www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat



twitter.com/LinkeStaDDrat



www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw



www.instagram.com/linkestadtrat

Neueste Infos unserer Fraktion können im Netz abonniert werden

Impressum
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Kerstin Wagner, Waldemar Peine, Pia Barkow, Uwe Schaarschmidt
Fotos: pixabay
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

Gemeinwohl-Ökonomie

Wenn die Vernunft entscheidet

von Kerstin Wagner

Wie wäre es, wenn Unternehmen (sich) fragen (lassen) würden, ob sie gut genug sind, ob sie nachhaltig sind, ob es ihren eigenen Mitarbeiter*innen und auch denen der Zulieferer gut geht...? Welchen Beitrag sie für die Gesellschaft leisten? Welchen Sinn und welche gesellschaftliche Wirkung die Produkte oder Dienstleistungen haben, die sie anbieten? Die Idee der Gemeinwohlökonomie als Wirtschaftsmodell mit Zukunft ist nicht neu. In Dresden wurde nun, von der gleichnamigen Regionalgruppe initiiert, ein Antrag geschrieben, der die Gemeinwohlökonomie stärken soll. Ich sehe mich und uns als Mittlerin, solche Anliegen, die in der Gesellschaft initiiert werden, in den Stadtrat zu bringen. Dresden trägt Verantwortung. Ressourcen und Rohstoffe, die in Dresden genutzt werden, sollen zukünftig besser sozialen, ethischen und ökologischen Ansprüchen gerecht werden. Und auch die Arbeitsbedingungen sollten so gestaltet sein, dass Beschäftigte nicht ausgebeutet werden.

Die Idee ist nicht neu

Die Gemeinwohlökonomie möchte ein ethisches Wirtschaftsmodell zum Wohle von Mensch und Umwelt etablieren. Das Gemeinwohl steht dabei im Mittelpunkt! Mit der Gemeinwohl-Bilanz bietet sie als ersten Schritt eine Bewertungsme-



thode, die sich nicht allein auf monetäre Kriterien, sondern auch auf Werte wie Menschenwürde, Solidarität und Nachhaltigkeit stützt. Die Gemeinwohlökonomie bietet die Möglichkeit, anhand festgelegter Kriterien quasi „die andere Seite der Medaille“ zu bewerten. Es kann nicht nur darum gehen, mit möglichst viel Gewinn zu wirtschaften, wenn dabei Menschen ausgebeutet oder wenig

nachhaltige Ressourcen genutzt werden. Wenn die Bezahlung der Beschäftigten oder die Kinderfreundlichkeit eines Unternehmens bei Vergaben eine Rolle spielen, könnten wir als Kommune diese wünschenswerten Unternehmensführung direkt unterstützen. Wie wäre es, wenn die städtischen Eigenbetriebe eine Vorreiterrolle einnehmen? Wie soll das erreicht werden? Dazu enthält der

Antrag drei Beschlusspunkte: zum einen ist dies die Durchführung eines Pilotprojektes zur Gemeinwohlbilanzierung von Eigenbetrieben der Landeshauptstadt Dresden und städtischen Beteiligungen (Unternehmen der Technischen Werke Dresden) nach dem Standard der Gemeinwohl-Ökonomie,

1. die Veranstaltung eines Fachtages zur Gemeinwohl-Ökonomie für interessierte Unternehmen mit VertreterInnen gemeinwohlbilanzierter Unternehmen, GemeinwohlberaterInnen und -auditorInnen sowie der Landeshauptstadt,

2. die Auflage eines kommunalen Förderprogramms zur Unterstützung der Gemeinwohlbilanzierung von in Dresden ansässigen Unternehmen nach dem Standard der Gemeinwohl-Ökonomie.

Im Artikel 14 des Grundgesetzes heißt es: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Die Gemeinwohlökonomie erleichtert die Umsetzung, deswegen wollen wir, dass ihre Kriterien bei städtischen Vergaben und Aufträgen zukünftig berücksichtigt werden. Ich danke Ronny Keydel und Carsten Schulz von der Dresdner Regionalgruppe Gemeinwohlökonomie und allen, die für dieses Thema streiten.

Ein doppeltes Problem

Zur Diskussion um das Orang Utan-Haus im Dresdner Zoo



von Uwe Schaarschmidt

Alfred Brehm schrieb bezüglich der Orang Utans im Jahre 1879: „Die Javaner behaupten, dass die Affen wohl reden könnten, wenn sie nur wollten, es jedoch nicht täten, weil sie fürchteten, sonst arbeiten zu müssen.“

Wenn diese Behauptung stimmen würde, hätten wir es also hier mit äußerst gescheiterten Tieren zu tun. Ein Grund mehr, sich aufgeschlossen mit dem Problem ihrer Haltung zu beschäftigen.

Es ist jetzt etwa anderthalb Jahre her, dass ich auf Borneo das große Glück hatte, aus einem Kanu heraus Orang Utans in freier Wildbahn beobachten zu können. Und wenn man einmal gesehen hat, wie sich diese Tiere in ihrem

natürlichen Umfeld bewegen, erschauert man beim Gedanken daran, unter welchen Umständen sie im Dresdner Zoo ihr Dasein fristen müssen, um so mehr.

Primär geht es also zunächst gar nicht um das für und wider der Haltung von großen Wildtieren in Zoologischen Gärten oder gar Privathaushalten, sondern zuerst darum, wie man den unwürdigen Zustand für die Orang Utans im Dresdner Zoo schnellstmöglich beenden kann. Eine Auswilderung ist nicht möglich und die Abgabe an andere Zoos - so sich denn überhaupt eine Möglichkeit ergäbe - verschöbe das Problem nur. Deshalb hat sich unsere Fraktion auch mehrheitlich dafür entschieden, der Bereitstellung entspre-

chender Mittel für den Neubau einer Orang Utan-Anlage auch zustimmen. Wir haben noch einen Ergänzungsantrag eingebracht, der ein weiteres Problem reflektiert, die Frage des Für und Wider der Haltung von exotischen Großtieren im Zoo. Die Diskussion darüber wird von Befürwortern wie auch Gegnern sehr emotional und bisweilen verbissen geführt und man sollte beiden Seiten zunächst einmal unterstellen, dass sie es nicht schlecht mit den Tieren meinen.

Ich selbst sehe die Zoohaltung von Primaten wie auch anderen exotischen Großtieren allerdings kritisch, da mich keines der Argumente der Befürworter wirklich überzeugt. Oft wird zum Beispiel vorgebracht, dass Menschen über den Kontakt mit den Tieren für deren Schutz sensibilisiert werden. Den Orang Utans hat die vorgebliche Sensibilisierung jedenfalls nichts genutzt, gleiches könnte man über Tiger, wilde Elefanten oder Eisbären sagen. Trotz deren jahrzehntelanger und weltweiten Zurschaustellung in Zoos – die niemals und auch beim besten Willen nicht wirklich artgerecht sein kann – ist ihre Existenz in freier Wildbahn bedroht – und zwar durch die Menschen und deren Lebensweise, auch jener Menschen, die sie im Zoo bestaunen.

Deshalb helfen übrigens auch Investitionen in Auswilderungsstationen oder Spenden für Artenschutzprogramme nur bedingt. Die Tiere brauchen kein Geld, sondern Platz. Platz, den wir ihnen wegnehmen, Tag für Tag mehr. Wer also

wirklich etwas tun will für wilde Tiere, sollte als erstes die Wachstumsideologie zivilisierter Menschen hinterfragen. Um an dieser Stelle noch einmal auf Borneo zurückzukommen: Von der Stadt Sandakan an der Ostspitze Borneos, an deren Stadtgrenze bis vor zwei Jahrzehnten noch der Urwald grünte, fuhr ich vor anderthalb Jahren fast zwei Stunden lang durch Palmölplantagen, ehe ich den Dschungel erreichte. Eine halbe Million Tonnen Palmöl wird übrigens jährlich in Form von „Biokraftstoff“ allein in deutsche Autotanks gekippt. Ganz schön Bio.

Im Dresdner Rathaus ist im Moment weder die Zeit, noch der richtige Ort, um dieses generelle Problem ausführlich zu diskutieren, was aber an der grundsätzlichen Notwendigkeit der Diskussion nichts ändert, die muss geführt werden. Am besten unter Beteiligung sowohl der Fachwelt und der politischen Entscheidungsträger, als auch der Bürgerinnen und Bürger. Gut wäre es, wenn dabei nicht die finanziellen Interessen der Zoos und das Bedürfnis nach Amüsement der Zoobesucher, sondern die Bedürfnisse der Tiere im Vordergrund stünden.

Meine persönliche Hoffnung wäre – daraus mach ich gar kein Hehl – dass diese Diskussion dazu führt, dass die Nachzucht exotischer Großtiere in Zoos beendet wird und damit auch mittelfristig deren Einsperrung und Zurschaustellung in Anlagen, die stets nur eine mindere Kopie jenes Lebensumfelds sein können, das ihnen eigentlich zusteht.

Es gibt nichts Gutes ...

von Kerstin Wagner

Seit rund zwei Jahren trägt Dresden den Titel „Fairtrade-Stadt“ - geändert hat sich seitdem aber scheinbar nichts. Es gab durchaus ein öffentliches Interesse am Kaffeekonsum in den Ämtern der Stadt – der Oberbürgermeister selbst bezieht wohl seinen Kaffee aus fairen Quellen. Aber sonst? Hat das irgendwelche Folgen für Dresden gehabt? Obwohl ich mich für das Thema interessiere muss ich zugeben: Ich weiß es nicht! Ich weiß nicht, ob beim Kauf von Holz für Parkbänke darauf geachtet wird, dass es aus möglichst einheimischen, nachhaltig bewirtschafteten Wäldern genommen wird, oder ob dafür in Polen Urwald, oder in Afrika, Asien oder Südamerika Regenwälder abgeholzt werden. Ich weiß nicht, ob auch in ALLEN Büros der Stadtverwaltung fair gehandelter Kaffee getrunken wird – oder ob sich viele Zwischenhändler eine goldene Nase verdienen, während die Kaffeebauern in Armut leben und ihre Kinder nicht in die Schule schicken können. Ich weiß nicht, wer die Stoffe webt, wer die Steine klopft, wer die Blumen pflückt. Obwohl es mich interessiert. Der Grund ist: die Transparenz fehlt. Vergabeentscheidungen werden möglicherweise allzu oft nach den gängigen Regeln getroffen: Haben wir gute Erfahrungen gemacht, sind die Kosten möglichst niedrig?

Was bei Vergabeentscheidungen der Stadt eher keine Rolle spielt ist die Frage danach, unter welchen Bedingungen die Dinge produziert werden, die wir so dringen brauchen. Auch Arbeitsbe-



dingungen sind nicht überall gleich... deswegen müsste sich die rein monetäre Bewertung von Ausschreibungen ändern. Im Gremienumlauf des Stadtrates befinden sich derzeit zwei Anträge, die darauf abzielen, die Verantwortung der Kommune für die Lebensbedingungen am anderen Ende der Welt in Kaufentscheidungen einzubeziehen. In einem weiteren Artikel stelle ich den Antrag zur Stärkung der Gemeinwohl - Ökonomie vor, hier geht es um den Antrag: „Masterplan Fairtrade“.

Der Oberbürgermeister wird mit diesem Antrag beauftragt, dem Stadtrat einen Masterplan zur nachhaltigen Beschaffung vorzulegen. Was heißt das? Gemeinsam mit Vereinen und Vertreter*innen aus Handel, Handwerk und Industrie sollen die Handlungsmuster

für Vergaben genau geregelt werden. Es sollen nicht mehr nur Empfehlungen sein, sondern klare Handlungsleitfäden für die Beschaffung von Ressourcen.

Ökologische Nachhaltigkeit ist uns dabei genauso wichtig wie die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Stück für Stück sollen alle Ämter auch bei öffentlichen Anlässen auf nachhaltige Produkte setzen.

Ich freue mich auf den Tag, an dem wir Schöller, Nestle und allen anderen großen Konzernen der Lebensmittelindustrie eine Absage erteilen können, wenn sie um eine Vertragsverlängerung in den Bädern der Stadt oder dem Zoo werben. Ihre Produkte sind nicht nachhaltig. Sie nutzen das billigste Fett, das es am Markt gibt: Palmöl. Auf Ko-

sten der Umwelt, denn für immer neue Palmölplantagen werden Wälder mit Brandrodung zerstört, die Bilder von dabei umgekommenen Menschenaffen brennen sich ins Gedächtnis. Wir brauchen nicht noch mehr Palmölplantagen!

Wer Eis essen möchte, kann so gar auf regionale Fruchtsorbets zurückgreifen. Aber auch Milchspeiseeis kommt gut ohne Palmöl aus, wie regionale Erzeuger beweisen.

Wenn Dresden den Titel „Fairtrade-Stadt“ behalten möchte, werden wir es in den nächsten Monaten nachzuweisen haben, welche Maßnahmen wir ergreifen haben. Wir alle tragen Verantwortung. Nicht nur für Dresden und das Wohl aller hier lebenden Menschen. Die Art, wie wir wirtschaften und konsumieren verändert die Welt. Wir können den Ärmsten der Welt helfen, indem wir kurze Lieferketten wählen für Produkte, die es nur dort gibt, indem wir faire Preise direkt bezahlen, nicht an zahlreiche Zwischenhändler. Indem wir den Konsum von Gütern nicht immer noch billiger machen, die den Abbau von Koltan und seltenen Erden notwendig machen – den wahren Preis bezahlen andere! Wir können die Agrarsubventionen so gestalten, dass sie die Landwirtschaft Afrikas nicht gefährdet, den Export alter Kleidung verbieten, denn das alles nimmt anderen Menschen die Lebensgrundlage! Es gibt nichts Gutes. Außer... man tut es.



Förderpreis Dresdner Laienchöre 2019

Die Landeshauptstadt Dresden schreibt 2019 zum dritten Mal den Förderpreis für Dresdner Laienchöre in verschiedenen Kategorien aus.

Teilnahmevoraussetzungen

Um den Förderpreis für Dresdner Laienchöre können sich u. a. gemischte Chöre, Frauen- und Männerchöre, Kinder- und Jugendchöre, Schulchöre (nur Wertungskategorie e), Jazz- und Popchöre sowie Vokalensembles bewerben. Zugelassen sind Chöre,

- die ihren Sitz in der Landeshauptstadt Dresden haben,
- zum Bewerbungszeitpunkt mindestens zwei Jahre nachweislich kontinuierlich arbeiten und
- mindestens 16 aktive Mitglieder (bei Schulchören: 10 Mitglieder) haben, von denen nicht mehr als ein Viertel hauptberufliche Sänger*innen und Gesangspädagogen*innen sind

Bewerberchöre sollen im Fall einer Auswahl durch die Jury am „3. Dresdner Chortag“ am Mi, 20. November

2019 (Buß- und Betttag) im Kulturpalast Dresden teilnehmen. Absehbare Verhinderungen sollen bereits mit Bewerbung mitgeteilt werden.

Bewerbung und Ablauf

Die Bewerbung um den Förderpreis muss schriftlich bis zum 30. Juni 2019 (Eingang der Bewerbung) unter Angabe der gewünschten Wertungskategorie erfolgen. Je Chor sind Mehrfachbewerbungen für max. 2 Kategorien möglich (bitte für jede Bewerbung einen eigenen Bewerbungsbogen ausfüllen!). Jede Bewerbung soll mindestens enthalten:

- vollständig ausgefüllter und unterschriebener Bewerbungsbogen
- Kurzpräsentation des Chores (Selbstdarstellung, Chorbiographie, aktuelle Programme bzw. Planungen, Veröffentlichungen usw.)
- Hörbeispiele (Ton- und/oder Videoaufnahmen auf Datenträger oder als Internet-Link; obligatorisch in den Wertungskategorien a bis c)
- Partituren (nur in den Wertungskategorien b und c)

Die Bewerbungen sind zu richten an:

Landeshauptstadt Dresden
Amt für Kultur und Denkmalschutz
Kennwort: Förderpreis
Dresdner Laienchöre
Postfach 12 00 20
01001 Dresden

Die direkte Abgabe der Bewerbungen im Sekretariat des Amtes für Kultur und Denkmalschutz im Kulturrathaus, 2. Etage, Königstraße 15, 01097 Dresden, ist möglich (bitte Geschäftszeiten beachten: Mo/Fr 9-12 Uhr, Di/Do 9-18 Uhr, Mi nach voriger Absprache). Elektronische Bewerbungen werden unter der Email-Adresse: kultur-denkmalschutz@dresden.de entgegengenommen.

Die Fachjury wird anhand der eingereichten Unterlagen bis Ende September 2019 eine Entscheidung zur Preisvergabe und zur aktiven Teilnahme am „3. Dresdner Chortag“ treffen. Die Preise werden im Rahmen des Konzertes am 20. November 2019 im Kulturpalast übergeben.

Nur Plastikfrei - reicht das?

Kommentar von Kerstin Wagner zum Antrag: Dresdens Märkte und Feste plastikfrei

Die Grünen touren durch die Stadt, um Werbung für einen Antrag zu machen - einen gemeinsamen Antrag. Einen Antrag, der durch mich von der reinen Forderung „plastikfrei“ zu „Müllvermeidung“ ausgeweitet wurde. Es geht eben nicht nur darum, dass Plastikmüll in den Meeren oder am anderen Ende der Welt landet, sondern es geht auch darum, nachhaltig zu wirtschaften, und nicht Ressourcen für einen sehr kurzen Gebrauch herzustellen. Einweg ist nicht zeitgemäß! Nur plastikfrei - das reicht nicht!





Gender Pay Gap: Her mit dem Geld!

von Florian Berndt

Am 18. März war der Equal Pay Day. Es ist der Tag, bis zu dem Frauen* rechnerisch über den Jahreswechsel hinaus arbeiten gehen müssten, um das gleiche durchschnittliche Jahresgehalt wie Männer zu verdienen. Immer noch verdienen Frauen* wesentlich weniger und obwohl der Equal Pay Day schon seit Jahren darauf aufmerksam macht hat sich in den letzten Jahren herzlich wenig getan. Der Gender Pay Gap, also der Lohnunterschied, beträgt immer noch stattliche 21%. Dabei wurde der Durchschnittslohn aller Lohnarbeitenden Frauen* und Männer* verglichen. 21% Lohnunterschied entstehen auch dadurch, dass es immer noch typische Männer- und Frauenberufe gibt, wobei Frauen* häufig im schlechter bezahlten Betreuungs- und Dienstleistungssektor arbeiten. Aber auch Frauen* mit ähnlicher Berufserfahrung und Ausbildung verdienen im Durchschnitt 7% weniger als ihre männlichen Kollegen in gleicher Position und mit gleicher Arbeitszeit.

Dass das Patriarchat morgen untergeht ist leider nur eine Wunschvorstellung, also müssen wir neben unserem täglichen feministischen Kampf auch die patriarchalen Symptome bekämpfen. Eines dieser Symptome ist die Gender Pay Gap. Daher brauchen wir sofort:

Mehr Transparenz:

Man sollte über die Durchschnittsgehälter seiner Kolleg*innen Bescheid wissen. Nur so können Arbeitnehmer*innen überhaupt auf Lohnungerechtigkeit reagieren, wenn diese selbst davon betroffen sind.

**Gleiche Arbeit,
gleicher Lohn!
Alles andere
purer Hohn!**

Besserer Entlohnung sozialer Berufe:

Wie schon erwähnt ergibt sich die Gender Pay Gap auch daraus, dass Frauen* öfter schlecht bezahlte soziale Berufe ergreifen. Das liegt zum einem am Lohn. Warum sollte ein Mann, der sowieso von Geburt an daraufhin sozialisiert wurde mal mit Maschinen oder in einer Führungsposition zu arbeiten, den schlecht bezahlten Job als Krankenpfleger oder Erzieher annehmen? Deshalb brauchen wir bessere Löhne für soziale Berufe und...

...Genderneutrale Berufsberatung:

Ein Mädchen muss genauso dahingehend beraten werden Ingenieurin zu

werden, wie der Junge von der Berufsberatung eine Broschüre für den Beruf des Altenpflegers bekommen sollte. Die faule Ausrede, dass „Männer und Frauen nun mal unterschiedliche Interessen haben“, und daher unterschiedliche Berufe ergreifen, hat ihr Ablaufdatum erreicht. Menschen sollten, die Berufe ergreifen können, auf die sie Bock haben, ohne von Geschlechterklischees und schlechten Löhnen abgeschreckt und aufgehalten zu werden.

Ziel einer linken Partei muss auch die Gleichberechtigung aller Geschlechter sein. Der Gender Pay Gap ist eines der offensichtlichsten Indizien dafür, dass diese noch nicht erreicht ist.

Deshalb ist auch die linksjugend Dresden am 18. März zum Flyer verteilen auf die Straße gegangen. Wir haben Frauen* erklärt, was unsere Forderungen sind, um für ihre Gerechtigkeit einzustehen:

GLEICHE ARBEIT, GLEICHER LOHN
ABSCHAFFUNG DES GENDER PAY GAP
FAIRE VERTEILUNG VON SORGEARBEIT
Männer an den Herd, Frauen* an die Macht! ;)

#steckbrief

Linksjugend stellt sich vor

Mein Name ist Antonia Kirmse und ich bin bald 21 Jahre jung. Nachdem ich mein Abitur in Dresden gemacht habe, absolviere ich jetzt meine Ausbildung im 3. Lehrjahr zur Manufakturporzellanmalerin in der Porzellanmanufaktur Meißen.

Politisert wurde ich...

durch die sozialen und gesellschaftlichen Missstände in Sachsen, die auch im Zuge der Flüchtlingskrise besonders herausstraten. Ich komme aus dem braunen Erzgebirge und als ich nach Dresden gegangen bin, in der Hoffnung dort angenehmere Gemüter aufzufinden, wurde ich nach kurzer Zeit enttäuscht, als ein paar Wochen nach meinem Umzug Pegida anfang auf die Straßen zu gehen. Seither beschäftigte ich mich ausgiebig mit den politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen, vor allem in Sachsen. Doch ich wollte aktiv werden und etwas gegen diese Ungerechtigkeit unternehmen. Zu Beginn meiner Lehrausbildung stieß ich dann auf die Gewerkschaft und dies war mein Anhaltspunkt zur politischen Arbeit. So begann ich mich zuerst in den bezirklichen Strukturen zu engagieren und bin seitdem, später auch auf Landesbezirksebene, in der IG BCE aktiv. Diese politische Arbeit gab mir das zufriedene Gefühl endlich etwas zu tun, doch weil mir dies nicht genug war entschloss ich mich zur linksjugend zu kommen um mich in Dresden aktiver (sozial)politisch zu beteiligen.

Was machst du in der Partei/im Jugendverband?

Ich bin nun seit nahezu einem Jahr aktives Mitglied im Jugendverband und seit letztem Jahr auch im Koordinierungskreis. Dort wird sich unter anderem mit der Planung der Aktionen für wichtige politische Tage wie den Frauentag, den 1. Mai und den CSD oder Arbeitskreistätigkeiten zum Beispiel für das Jugendkommunalwahlprogramm beschäftigt. Außerdem kandidiere ich für den Stadtbezirksbeirat der Altstadt. Generell lebe ich meine politische Arbeit so vielfältig wie möglich aus, einfach weil es damit möglich ist und das macht es ja so spannend. Dies ist auch der Grund, weshalb ich in mehreren gewerkschaftlichen Gremien und Vorsitzende des JAV-Gremiums in meinem Betrieb bin.

Inhaltliche Schwerpunkte

Doch in der linksjugend beschäftige ich mich vorrangig und am liebsten mit den Schwerpunkten Antirassismus, Antisexismus und Antikapitalismus. Dies sind die Themen, die mich in meinem Leben und besonders in Dresden am meisten bewegen.

Blick nach vorn

Ich bin ja noch ziemlich frisch in den Reihen der linksjugend und der Partei und somit werde ich zum ersten Mal Wahlkampf miterleben und das



in diesem wichtigem Wahljahr. Ich bin gespannt! Ich sehe den Wahlen voller Elan entgegen und werde versuchen, mich gegen den Rechtsruck und für positive Wahlergebnisse einzusetzen.

Doch ich freue mich auch schon auf andere politische Vorhaben, wie den 1. Mai oder den CSD oder auch die gewerkschaftliche Arbeit, in der ich dieses Jahr auch eine Tarifverhandlung mit vorbereiten werde. Von mir aus kann's losgehen!

In eigener Sache

Aus gegebenem Anlass möchten wir darauf hinweisen, dass es wenig zielführend ist, uns während einer Kreiswahlversammlung oder eines Stadtparteitages anzusprechen, um uns zur Wahl einer bestimmten Person zu bewegen, so wie es am 09. März 2019 auf der Kreiswahlversammlung versucht wurde. Ganz besonders wenig bringen diese Versuche, wenn diese „Wahlempfehlung“ auf äußerliche Wiedererkennungsmerkmale, wie Kleidungsstücke, wie jüngst geschehen, abgestellt sind.

Wie läuft das bei uns ab?

Als linksjugend beraten wir uns zB stets vor den Stadtparteitagen über die inhaltlichen Anträge und formulieren, wenn wir es für nötig halten, Änderungsanträge. Auch wenn diese in der Vergangenheit leider fast immer, aufgrund mangelnder Zeit, an den Stadtvorstand überwiesen wurden. Aber dies kritisierten wir bereits an anderer Stelle.

...und bei der Wahl von Personen?

Wir beraten uns aber auch über etwaig bekannte Kandidaturen auf Stadtparteitagen und Kreiswahlversammlungen und tauschen unsere Meinungen dazu aus. Bei besonders wichtigen Entscheidungen, wie z.B. damals bei der Entscheidung darüber, wer Sozial- und Kulturbürgermeister*in werden sollte, luden wir uns auch die Bewerber*innen ein und hörten uns ihre Ziele an und befragten sie. Nach solchen Prozessen bilden wir uns unsere Meinung dazu. Leider war es uns bei den Bewerber*innen um die Direktwahlkreise, für die Versammlung am 09. März, nicht möglich alle einzuladen, da erst sehr kurzfristig vor dem Stadtparteitag alle Kandidaturen bekannt geworden sind.

Grundsätzlich sind aber alle unsere Mitglieder frei in ihren Entscheidungen, wie sie abstimmen und wen sie wählen. Denn die Vorstellung „die Jugend stimmt jetzt so und so ab“, weil irgendwer das so gesagt oder empfohlen hat, ist arg realitätsfremd und zeigt wie schräg das Verständnis einiger in der Partei ist.

Noch viel absurder ist es, wenn kurz vor der Vorstellung Parteimitglieder zu Mitgliedern des Jugendverbandes gehen und sie aufzufordern, wen auch immer zu wählen, weil der oder die Kandidat*in aufgrund bestimmter Äußerlichkeiten einen hohen Wiedererkennungswert hätte. Unsere Wahlentscheidungen zielen auf inhaltliche Punkte ab. Vielen Dank, aber wir brauchen keine Empfehlung, wir denken selbst.

Nicol K.



APRIL

15 Offenes Treffen der BO Hans&Lea Grundig

17 Uhr | Johannstädter Kulturtreff
Elisenstraße 35 | 01307 Dresden

Mitgliederversammlung DIE LINKE Plauen

18 Uhr | Volkssolidarität „Am Nürnberger Ei“
Nürnberger Straße 45

16 Thälmann-Ehrung am Strehleener Platz

10 Uhr | Volkssolidarität „Am Nürnberger Ei“
Nürnberger Straße 45

Vereinbarkeit von Familie und politischem Ehrenamt

Eine Veranstaltung mit MdB Katja Kipping,
Bundesvorsitzende DIE LINKE
12 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

17 Treffen DIE LINKE. Ortsverband Loschwitz

17 Uhr | Ortsamt Loschwitz | Grundstraße 3

Die Weltwirtschaft zwischen Freihandel und Protektionismus

Diskussion mit Dr. Jürgen Leibiger. Eine VA
der RLS Dresden
19 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

18 LINKE TeeSTUNDE

17 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

22 Ostermarsch 2019: Marsch zur Kreuzkirche und Friedensruf aus Dresden

Ostermontag, 22. APRIL 2019
10.00 – 13.00 UHR
ERSTE ROUTE:
Start 10.00 Uhr vom Hauptbahnhof (Wiener Platz) zum Haus an der Kreuzkirche
ZWEITE ROUTE:
Start 10.00 Uhr vom Neustädter Bahnhof (Schlesischer Platz) zum Haus an der Kreuzkirche

11:30 - 13:00 Uhr
Friedensruf aus Dresden
Mit Dirk Pohlmann (Filmregisseur) und Marco Henrichs als Redner. Im Anschluss folgt der Film: „Geheimer Krieg - wie von Deutschland aus der Kampf gegen den Terror gesteuert wird“ (Doku 2013)
Mauersberger-Saal im Haus an der Kreuzkirche

24 Gysi kommt!

17 Uhr | Wiener Platz, Nähe Hauptbahnhof

25 Öffentliche Sitzung des Stadtvorstands

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

26 Stammtisch vom Ortsverband Neustadt

19 Uhr | Wulberts Café und Bar | Rudolfstraße 2

27 Strategische Öffentlichkeitsarbeit

Reihe Junge Rosa, Workshop
Mit Heiko Hilker (Dresdner Institut für Medien, Bildung und Beratung), Peter Stawowy (Journalist, FLURFUNK) und Susann Scholz-Karas (RLS Sachsen) Eine Veranstaltung der RLS Sachsen
10 bis 17 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

29 Alles exzellent? Gleichstellung in der Hochschule

Diskussion mit Sarah Buddeberg (DIE LINKE), Nathalie Schmidt (Jusos / KSS), Philipp Hartewig (FDP), Jonathan Sieber (RCDS)
Moderation: Caro Lentz (DIE LINKE.SDS)
18 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

MAI

01 1. Mai Picknick im Alaunpark

11 Uhr | Alaunplatz
Das ausführliche Programm auf Seite 12

03 Willkommen und wie weiter? Einwanderungspolitik von links

Diskussion mit MdEP Dr. Cornelia Ernst und MdL Juliane Nagel
13-17 Uhr | Motorenhalle des Riesa Efauf |

04 Tolerade und Parade der Vielfalt

A) Tolerade:
• geplanter Start ist 14 Uhr am Bahnhof Neustadt
• geplantes Erreichen des Postplatzes ist zwischen 15:15 und 15:30 Uhr
B) Parade der Vielfalt:
• geplanter Start ist 14:00 Uhr am Hauptbahnhof Route: direkter Weg über Pragerstraße - Altmarkt - Wilsdruffer Straße

07 Fraktionssitzung

18 Uhr | Beratungsraum 13, 3. Etage
Dresdner Rathaus

09 Stadtratssitzung

16 Uhr | Plenarsaal
Dresdner Rathaus

14 Stammtisch der LINKEN Prohlis

18 Uhr | Querformat | Herzberger Straße 6

15 Vorstandssitzung OV Plauen

18 Uhr | Volkssolidarität „Am Nürnberger Ei“
Nürnberger Straße 45

Ständige Termine in der WIR AG,
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Öffnungszeiten des
Roten Renners, Rudolf-Renner-Str. 49
Telefon: 0351 -48298959

Dienstag von 12:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch von 14:00 bis 16:30 Uhr
Donnerstag von 13:00 bis 17:00 Uhr

Stammtisch: 1. Donnerstag im Monat,
15:30 Uhr
Vorstand: 2. Mittwoch im Monat,
17:00 Uhr

KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN

jeden zweiten Mittwoch 17 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Jens Matthis
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Jens Matthis,
Katharina Hanser, Sarah Buddeberg,
Anne Holowenko, Christopher Colditz,
Ruslan Yarovski, Florian Berndt, Carolin
Lentz, Ursula Zierz, Dr. Cornelia Ernst
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei
GmbH Cottbus, Auflage: 4.000 Exemplare

Sprechstunde Sozialberatung

Nach ausschließlich vorheriger Terminvereinbarung bieten wir in der Regel mittwochs ab 17 Uhr Beratung zu sozialrechtlichen Themen in der Geschäftsstelle der LINKEN Dresden an. In dringenden oder besonderen Fällen, kann die Beratung auch an anderen Tagen oder per E-Mail/Telefon stattfinden.

Bitte achtet darauf, alle Dokumente, die euer Problem betreffen, mitzubringen (lieber mehr als zu wenig).

Die Beratung findet in der Regel mit zwei Beratern statt und ist von der Schweigepflicht umfasst, da wir diese als Gehilfen eines Anwalts tätigen.

KONTAKT zur Terminvereinbarung:
Telefon: 0351-8583801
E-Mail: sozialberatung@dielinke-dresden.de
Adresse: DIE LINKE. Stadtverband Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden

Bei der Terminvereinbarung gebt bitte euren Namen, eine Telefonnummer UND E-Mail-Adresse SOWIE das Problem an, um welches es sich handelt, damit sich die Berater vorbereiten oder Rücksprache mit euch halten können.

Solidarische Grüße,
das Sozialberaterteam

GEDENKKONZERT

FÜR DIE OPFER DER TRAGÖDIE
VOM 02. MAI 2014 IN ODESSA



SONNTAG, 05. MAI 2019

13.00 UHR

IM SAAL DES STADTMUSEUMS DRESDEN

Wilsdruffer Straße 2 (Eingang Landhausstraße)

EINTRITT FREI, SPENDEN ERBETEN

www.drki.de

www.friedendresden.de

Deutsch-Russisches Kulturinstitut e.U.



Kein Leben in Angst

Am 17. Mai finden im Rahmen des IDAHIT weltweit Kundgebungen gegen Homo-, Bi-, Trans*- und Interfeindlichkeit statt. Auch in Dresden sind Veranstaltungen geplant.

von Sarah Buddeberg

Gerade mal 29 Jahre ist es her, da wurde Homosexualität aus dem Diagnose-schlüssel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gestrichen. Seitdem gilt sie offiziell nicht mehr als Krankheit. Dieser Tag, der 17. Mai, ist seither weltweit der Tag, an dem Menschen gegen Homo-, Bi-, Trans*- und Interfeindlichkeit auf die Straße gehen. Neben vielen sächsischen Städten, wird es auch in Dresden eine Kundgebung, den Rainbowflash, geben. Dieser findet ab 16 Uhr vor der Altmarkt-Galerie statt. Außerdem sind von Montag bis Samstag um den 17. Mai zahlreiche Veranstaltungen von verschiedenen Organisationen geplant. Neben Filmvorführung und inhaltlichen Workshops, wird es eine Podiumsdiskussion zur russische LSBTIQ*-Community sowie eine große Abschlussparty am Freitag geben.

Anlässlich der Öffnung der Ehe, also der letzten großen konservativen Bastion, stellt sich natürlich die Frage: Braucht es den 17. Mai eigentlich überhaupt noch? Der Blick in die sächsische Kriminalstatistik hilft hier leider nicht viel weiter. Denn laut dieser kommen Gewalttaten gegen LSBTIQ*-Personen eher selten vor. Eine Kleine Anfrage an die Sächsische Landesregierung hat ergeben, dass es zwischen 2001 und 2017 gerade Mal 55 solcher Fälle im Freistaat gegeben haben soll. Im sächsischen Landesaktionsplan heißt es denn auch: „Angesichts der geringen Fallzahlen sieht die Staatsregierung derzeit keinen Anlass für besondere Maßnahmen zur Sensibilisierung und Qualifikation von Polizeibeamten zum Thema Hasskriminalität bezogen auf LSBTTIQ (...)“.

Doch sieht die Realität ganz anders aus: So ist im Juni 2018 in Leipzig eine junge Trans*Frau am helllichten Tage und mitten in der Stadt von einem Mann brutal angegriffen worden. Nur wenige Monate zuvor misshandelten drei Männer im erzgebirgischen Aue einen 27-Jährigen so sehr, dass dieser an den Verletzungen starb. Der Grund: Der Getötete war homosexuell. So drastisch geht es in Sachsen leider zu. Die Beispiele verdeutlichen, dass es bei Queerpolitik nicht einfach nur um den Kampf für Minderheitenrechte geht. Es geht um Selbstbestimmung, körperliche Unversehrtheit und manchmal sogar um das Leben der Betroffenen!

Neben der rohen Gewalt findet Diskriminierung von LSBTIQ*-Personen meist in ganz alltäglichen, zwischenmenschlichen Situationen statt. Mobbing, Ausgrenzung und berufliche Nachteile sind typische Anzeichen von erlebten Anfeindungen. Für die Betroffenen sind es oft nur schwer zu ertragende Situationen. Händchenhalten und Küsse in der Öffentlichkeit, die Wahl der Kleidung oder Small Talk mit Kolleg*innen über das Privatleben – in einer konservativ geprägten Gesellschaft sind für LSBTIQ*-Menschen alle Lebensbereiche von der Angst vor Diskriminierung und Zurückweisung geprägt. Und das wiederum beeinflusst das eigene Verhalten und Selbstwertgefühl enorm. Mehrere Studien haben gezeigt, dass Jugendliche weitaus häufiger an Selbstmord denken und Suizid begehen, wenn sie nicht heterosexuell sind. Das verdeutlicht, wie groß der gesellschaftliche Druck auf alle ist, die scheinbar



nicht zur sogenannten Mehrheit gehören. Dieser wird von immer mehr gesellschaftlichen Akteur*innen gehört: Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di etwa hat jetzt in Sachsen sogar mit „ver.divers“ eine eigene Veranstaltungsreihe über Diskriminierung von LSBTIQ* im Arbeitsalltag gestartet.

Repräsentative Erhebungen über die Lebenslagen von LSBTIQ* in Sachsen gibt es bislang jedoch nicht. Per Crowdfunding hat die Landesarbeitsgemeinschaft Queeres Netzwerk Sachsen deshalb eine eigene wissenschaftliche Untersuchung finanziert. Die Ergebnisse sollen im Juni präsentiert werden. Diese Zahlen werden auch Grundlage für die weitere queerpolitische Arbeit der Land-

tagsfraktion sein. Damit sich die Sächsische Landesregierung endlich für eine offene Gesellschaft einsetzt, haben wir Anfang März 2019 eine konkrete Forderung ins Parlament eingebracht. Die Regierung soll sich demnach einer Bundesratsinitiative anschließen, wonach der in Artikel 3 des Grundgesetzes verankerte Schutz vor Diskriminierung um die Merkmale „sexuelle Orientierung“ und „Geschlechtsidentität“ erweitert wird.

Es bleibt noch viel zu tun auf dem Weg zu einer Gesellschaft, in der alle selbstbestimmt und ohne Angst leben können – auch LSBTIQ*. Am 17. Mai können wir gemeinsam und solidarisch darauf aufmerksam machen.

IDAHIT

International Day Against Homophobia, Interphobia Transphobia - erinnert an die Streichung von Homosexualität aus dem Krankheitskatalog der Weltgesundheitsorganisation 1990 und verweist auf Menschenrechtsverletzungen aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität.

LSBTIQ*

Akronym für sexuelle Orientierungen (lesbisch, schwul, bi) und geschlechtliche Identität (trans*, inter). Queer bezeichnet Menschen, die ihre Identität als „queer“ zur heterosexuellen und zweigeschlechtlichen Norm benennen.

CubaSi informiert

von Ursula Zierz

Unsere Solidarität muss weitergehen! Wir danken deshalb für die finanziellen Spenden am 07.03.019, die für den Wiederaufbau der Geburtsklinik in Höhe von 507 Euro, besonders den GenossInnen und FreundInnen Alfred Müller, Silke Zwjatkow, Ursula Zierz, Frank Lange, Wilfried Richter, Manfred Puschendorf, Birgit Walter, Ursula Loll, Gudrun Böhm und einigen Genn. der P- Versammlung und hoffen auf Eure weiteren Spenden!

Cuba Si Berlin, die NETZWERKE CUBA führen regelmäßig Soli - Aktionen vor der US- Botschaft durch. Wir Dresdner Cuba Si-AktivistInnen ebenfalls gemeinsam mit jungen Freunden von La Commune am 22.02.2019 um 17-19 Uhr auf der Prager Str., Motto: „Hände weg von Venezuela“ !

Die an den Bundesparteitag der LINKEN zur Vorbereitung der Europawahl gestellten Anträge von Cuba Si „Internationalistisch denken und handeln- Die progressiven Kräfte Lateinamerikas brauchen die Solidarität der LINKEN weltweit“ und der Antrag der KPF „Frieden mit Russland- Ver-

Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“

antwortung aus Vergangenheit und Zukunft“ wurden am 10.03. im Bundesausschuss der Partei angenommen.

Wir hoffen, dass mit dieser verspäteten Antrags- Annahme die Haltung der LINKEN noch mit unser und Euer Hilfe ins öffentliche Bewusstsein dringt. Deshalb sind jetzt Taten notwendig! Es reicht nicht, wenn sich DIE LINKE nur mit Bewegungen verbindet und vernetzt, sie muss selbst Aktionen organisieren und Gesicht zeigen! Im April finden in internationalen und in deutsch. Städten Protestkundgebungen zu 70. Jahre NATO statt, Dresden fehlt noch. Die LINKE



muss aktiv werden, denn NO- NATO und Klimaschutz gehören zusammen!

Am 26. Februar 2019 fand in Kuba das Referendum für eine neue Verfassung des Staates statt, an dem sich über 84 Prozent der Bevölkerung beteiligten. 6,8 Millionen und damit 87 Prozent der Teilnehmenden stimmten für die Verfassungsreform - 9 Prozent stimmten dagegen, vier Prozent der Stimmen waren ungültig. Bereits im Dezember 2018 hatte das kubanische Parlament eine neue Verfassung für Kuba angenommen, in der nun festgeschrieben ist, dass ein Präsident nur noch für zehn

Jahre im Amt bleiben darf. Erstmals seit 1976 wird wieder das Amt des Ministerpräsidenten eingeführt. Neu in der Verfassung ist nun auch das private Eigentum verankert. Kuba bekennt sich in seiner neuen Verfassung zur Notwendigkeit ausländischer Investitionen. Diese wirtschaftliche Öffnung bedeutet nun keineswegs eine Abkehr von der sozialistischen Gesellschaft, denn es heißt auch in der neuen Präambel: „Nur im Sozialismus und Kommunismus kann der Mensch zu voller Würde gelangen.“ und im Artikel 5 der Verfassung ist die sozialistische und die kommunistische Gesellschaft als Staatsziel formuliert

Iran – ein Land voller Widersprüche

von Cornelia Ernst

Mittlerweile bin ich seit acht Jahren Vize-Präsidentin der Iran-Delegation im Europäischen Parlament. Ziel dieser Delegation ist es, die parlamentarischen und politischen Kontakte zwischen dem Europaparlament und dem Iran auszubauen. In den vergangenen Jahren konnte ich deshalb zahlreiche (zivil-)gesellschaftliche Kontakte zum und im Iran knüpfen – die Entwicklungen in der Gesellschaft sind unübersehbar. Als wir kürzlich erneut dort waren, erlebte ich ein Land, das sich bis tief in die Gesellschaft hinein zu öffnen versucht. Die Hoffnung, persönliche und zivile Freiheiten zu vergrößern, ist fast überall zu hören. Das beginnt mit dem Wunsch danach, auf den Straßen (wieder) musizieren dürfen; sich als Frau für oder eben auch gegen ein Kopftuch entscheiden zu dürfen – was mir natürlich auch nicht freistand; oder schlicht der basale Wunsch nach Sicherheit für die zahlreichen Minderheiten im Land.

Im iranischen Parlament, dem Madschles, traf ich in schwarze Gewänder gehüllte Frauen, ausgerüstet mit Mikrofön, scharfen Fragen und guten Argumenten. Ich hatte keinen Zweifel, dass sie journalistischen Ansprüchen des „Westens“ gerecht würden. Sie wa-

ren Vertreterinnen einer breiten Schicht hoch qualifizierter Frauen im Iran.

Es gibt eine urbane Mittelschicht, die sich Reformen im Geiste von Präsident Hassan Rohani wünschen. Ihnen geht es um Reformen, nicht um Revolution. Natürlich ist die Situation fern der Städte eine andere, doch die Probleme der Städte, wie die große Umweltverschmutzung, Energie-Engpässe und die grassierende Drogensucht müssen dringend angegangen werden.

Ihr persönliches Leben zu verbessern war der Grund, weshalb zum Jahresende 2017 viele Menschen auf die Straßen gingen: Weil sie arbeitslos sind; weil sie die Preissteigerungen nicht ertragen; weil viele der Drogen nicht Herr werden können; weil sie der Umweltsünden leid sind oder weil sie als Minderheit, wie beispielsweise die Bahai, nicht studieren dürfen. Sie wollen nicht, dass noch mehr Geld in Kriegen wie im Jemen und Syrien mörderisch und sinnlos verbrannt wird. Viele dieser Probleme sind hausgemacht, aber zahlreiche sind auch die Folge von Sanktionen.

Die Demonstrationen sind ein Ruf nach Reformen, nicht nach einer Re-



Golestan, Khaled Nabi

volution, die nur Chaos bringen würde. Sie sind die Forderung nach Veränderungen, nicht nach Umstürzen. Bis jetzt gibt es keinen Plan B, es gibt keine Parteien oder festgefügtten Bewegungen außerhalb des Regierungslagers.

Die eigentlichen Hardliner sind die Ajatollahs und der schiitische Klerus, die dem Saudi-Clan beziehungsweise ihrem missionarischen Wahhabismus in nichts nachstehen – mit seinem Gepolter und abstrusen Bewertungen hetzt Donald Trump eben jenen in die Hände. Der Iran ist voller Widersprüche. Es brodelt unter der Ober-

fläche und die iranische Führung steht unter massivem Druck. Die große Frage ist, welche Kräfte sich durchsetzen werden. Wie reformfähig das Land gegenwärtig ist, vermögen nur die Iraner und Iranerinnen selbst herauszufinden. Sie können das, weil es eine breite Schicht hoch gebildeter Leute gibt. Wenn sich dieses geistige Kapital mit den sozialen Forderungen der ärmeren und ärmsten Schichten der Bevölkerung verbindet, ist vieles möglich. Das könnte die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft des Landes und damit der gesamten Region Wirklichkeit werden lassen.

Das Programm

Auch in diesem Jahr verbinden wir wieder das Schöne mit dem Notwendigen und laden zur Maifeier am Alaunpark ein. Ab 11 Uhr gibt es Musik, Gespräche mit Politiker*innen, Kandidat*innen zur Kommunalwahl, Infostände von befreundeten Vereinen und Initiativen, Kinderfest und natürlich das linke Buffet.

Auf, vor und neben der Bühne begrüßen wir:

Katja Kipping, Parteivorsitzende
DIE LINKE
Dr. Cornelia Ernst, Kandidatin zur Europawahl
Caren Lay, Bundestagsabgeordnete
André Schollbach, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der Stadtratsfraktion
Sarah Buddeberg, Parl. Geschäftsführerin der Landtagsfraktion
Dr. Kris Kaufmann, Sozialbürgermeisterin
Annekatrien Klepsch, Kulturbürgermeisterin
und viele Kandidat*innen zur Kommunalwahl am 26. Mai

Mit **Infoständen** präsentieren sich u.a. linksjugend*solid
Roter Baum e.V.
Junge Welt
Afropa e. V.
Dresden Für Alle
Demokratische Schule

attac
Gerede e.V.
ADFC
Cuba Si
coloradio
Männernetzwerk
Kommunistische Plattform

Das Team vom „Zeitgeist“ wird natürlich mit Grill und Getränken ebenso wieder vor Ort sein. Ende der Veranstaltung am Alaunpark ist gegen 17 Uhr. Aber das ist noch nicht das Ende des 1. Mai!

Katja Kipping & Barbara Thalheim in der Schauburg
Um 18:00 Uhr begrüßt Katja Kipping in der Dresdner Schauburg die Chansonsängerin und Liedermacherin Barbara Thalheim & Band. Im Gespräch und in vielen alten und neuen Liedern wird es um das gehen, was was nach 1990 wurde, was fehlt, was nicht fehlt, was hätte bleiben sollen und was wieder verschwinden möge. Eintritt frei!

**1. Mai
Picknick**

Mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl
**Alaunplatz,
ab 11 Uhr**

Katja Kipping
präsentiert:
**Barbara
Thalheim
& Band**
18 Uhr, Schauburg
Eintritt frei

**Kein
Zurück!**

DIE LINKE.

www.dielinke-dresden.de

